

schäftigt. Besonders katastrophal seien die Lebensbedingungen in Syrien, wo das Regime von Baschar al-Assad mit russischer und iranischer Unterstützung zu tiefst aggressiv gegen die Opposition vorgeht. Den aktuellen Zahlen zufolge hat der syrische Bürgerkrieg bereits Hunderttausende an Toten sowie über vier Millionen internationaler Flüchtlinge und mehr als siebeneinhalb Millionen weiterer Vertriebener gefordert, die sich innerhalb der Landesgrenzen aufhalten. Über 12 Millionen Syrier sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Was die Frage nach den Todesopfern und den ins Ausland geflohenen Einwohnern betrifft, so finden sich mit Blick auf die drei übrigen Länder keine vergleichbaren Informationen, was die unbefriedigende Systematik der Zusammenstellung untermauert. Die anderen Eckpunkte belegen die enorme humanitäre Notlage aber ebenfalls mehr als deutlich. So liegt die Zahl der Hilfsbedürftigen und Vertriebenen in Libyen jeweils bei rund zweieinhalb Millionen, im Irak benötigen über acht Millionen Menschen humanitäre Hilfe und mehr als drei Millionen sind vertrieben worden, während im Jemen gar über 21 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind und über zwei Millionen außerhalb ihrer Heimatgemeinde Schutz suchen.

Da Cordesman keine eigenen analytischen Überlegungen präsentiert, identifiziert er auch keine grenzübergreifenden Ursachen für das enorme Leid der Bevölkerung in Bürgerkriegsgebieten, obwohl die enorme Menge an empirischem Material dafür eine hervorragende Basis gewesen wäre. Beim Lesen der Berichte über die wirtschaftlichen Folgen der Bürgerkriege fällt jedoch die immense Abhängigkeit aller Länder vom Rohöl-Export auf. Im Zuge der Kampfhandlungen musste die Förderung von Rohöl in allen Staaten mit Ausnahme des Iraks, wo sie nach dem Sturz Saddam Husseins nie dauerhaft an Fahrt aufnehmen konnte, drastisch reduziert werden, was desaströse ökonomische und humanitäre Konsequenzen hatte. Der deutliche Fall des Ölpreises in den letzten Jahren tat sein Übriges. Somit liegt zumindest ein Ansatzpunkt für die Strukturierung ausländischer Hilfsmaßnahmen vor, falls die politischen Rahmenbedingungen einen Wiederaufbau ermöglichen sollten.

<https://www.csis.org/analysis/human-cost-war-middle-east-graphic-overview>

Nahost Konflikt

Dan Meridor: Time to Decide and Act. A Call for an Israeli Initiative, Cambridge, MA: Belfer Center for Science and International Affairs, Senior Fellow Paper, Januar 2017.

Besprochen von **Sven Fikensch**, Non-resident Fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel; svfikensch@aol.com

<https://doi.org/10.1515/sirius-2017-0075>

Die Analyse befasst sich mit dem klassischen Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Der Verfasser fordert Israel zu einem sofortigen und weitreichenden Kurswechsel in seiner Politik gegenüber den Palästinensern auf, um eine Zweistaaten-Lösung auf den Weg zu bringen, bevor es dafür zu spät ist. Das allein reicht zugegebenermaßen kaum als Alleinstellungsmerkmal der Studie. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist über die Jahrzehnte hinweg außergewöhnlich ausführlich analysiert worden, wobei sich die überwiegende Mehrheit der Autoren, die klar Position beziehen, für eine Zweistaaten-Lösung und zumeist auch eine konstruktivere Rolle Israels aussprechen. Im Unterschied zu den meisten Beobachtern des israelisch-palästinensischen Konflikts war Dan Meridor jedoch bis vor kurzem selbst in führender Position in Israels Sicherheitspolitik involviert. Von 2009 bis 2013 war er stellvertretender Ministerpräsident und Koordinator der Nachrichtendienste und saß zuvor der Kommission vor, die 2006 Israels damalige nationale Sicherheitsstrategie ausgearbeitet hat. Seine Worte besitzen daher innerhalb von Israels strategischer Community enormes Gewicht.

Meridors Plädoyer für eine Zweistaaten-Lösung beginnt mit einem kurzen Abriss der Geschichte des israelisch-arabischen Konflikts sowie der aktuellen Lage im Westjordanland. Der historische Überblick betont, dass Israel im Kontext aller anderen größeren Streitpunkte mit seinen arabischen Nachbarn eroberte Gebiete nicht über einen unbefristeten Zeitraum hinweg für sich beansprucht hat. So wurde die Sinai-Halbinsel beispielsweise an Ägypten zurückgegeben, was einen langfristigen Friedensvertrag mit Kairo ermöglichte. Selbst aus dem Gaza-Streifen zog man sich 2005 zurück, was in diesem Fall allerdings unilateral geschah und den Aufstieg der Hamas, mit der Israel seitdem eine Reihe militärischer Auseinandersetzungen hatte, ermöglichte. Leider werden diese völlig gegensätzlichen Entwicklungen nicht näher diskutiert, obwohl sich auf diesem Wege Erfolgsbedingungen für eine funktionierende Friedenspolitik hätten ausarbeiten lassen. Meridor betont stattdessen, dass Israel im Westjordanland entgegen seiner sonstigen Politik eine Reihe von Siedlungen gebaut hat, die als Ex-

pansion des eigenen Landes gesehen werden. Aus diesem Grund haben die rund 400.000 dort lebenden Juden einen gänzlich anderen Status als die zwischen 1,8 und 2,8 Millionen Palästinenser. Die Juden sind israelische Staatsbürger und genießen die damit verbundenen Privilegien, während die Rechte der Palästinenser eingeschränkt sind. Dieser Zustand ist nicht nur aus Sicht Meridors inakzeptabel. Eine Einstaaten-Lösung, sprich die Integration der palästinensischen Gebiete und aller dort lebenden Menschen in den israelischen Staat, ist für ihn aber mindestens ebenso undenkbar. Diesbezüglich teilt er die in Israel weit verbreitete Sorge, dass die Eingliederung des Westjordanlands mit der Aufgabe eines der beiden wichtigsten Verfassungsgrundsätze Israels, nämlich dem jüdischen und demokratischen Charakter der Nation, verbunden wäre.

Wenn alle Palästinenser aus dem Westjordanland die Staatsbürgerschaft erhalten würden, ginge die klare jüdische Mehrheit verloren. Sollte man den Palästinensern aber die Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht vorenthalten, würde Israel demokratischen Prinzipien nicht mehr gerecht werden. Aus diesem Dilemma gäbe es demnach kein Entrinnen. Meridor befürchtet zudem, dass jedes Zögern eine Einstaaten-Lösung nur wahrscheinlicher macht, da die Gründung eines eigenen palästinensischen

Staates aufgrund der andauernden Siedlungsaktivitäten ein immer komplexeres Unterfangen darstellt. Die anvisierte Ko-Existenz zweier Staaten soll durch einen israelischen Vorstoß beschleunigt werden.

Im Unterschied zu vielen anderen Analysen bleibt Meridors Studie diesbezüglich nicht im Vagen, sondern präsentiert eine konkrete Agenda. So soll Israel unter anderem auf alle Siedlungsaktivitäten jenseits seiner Hauptsiedlungsgebiete verzichten, den Siedlern, die östlich der Sperranlagen (auch bekannt als Sicherheitszaun) leben, Anreize zum Umzug bieten (sie aber weiterhin durch die Israel Defense Forces beschützen, sofern sie sich zum Bleiben entscheiden sollten) und die politische Entscheidungshoheit innerhalb des für die Palästinenser vorgesehenen Gebietes sukzessive abgeben. Verhandlungen zur Etablierung eines palästinensischen Staates sollen auf dessen De-Militarisierung und eine Grenzziehung abzielen, die sich an der Waffenstillstandslinie von 1967 orientiert, die wichtigsten Siedlungen aber Israel zuweist. Damit bleiben zwar einige Details offen, die von Meridor aufgezählten Eckpfeiler sind aber mehr als konkret genug, um den Befürwortern einer Aussöhnung mit den Palästinensern in Zukunft als Leitfaden dienen zu können.

<http://www.belfercenter.org/node/89078>